

Stand: 08.02.2026 22:59:03

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/16312

"Steuern: Öffentliche Konsultation über das Funktionieren der Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden und die Betrugsbekämpfung auf dem Gebiet der Mehrwertsteuer 02.03.2017 - 31.05.2017"

Vorgangsverlauf:

1. Europaangelegenheit (Drucksache) 17/16312 vom 04.04.2017
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/16946 des HA vom 16.05.2017
3. Beschluss des Plenums 17/17026 vom 18.05.2017
4. Plenarprotokoll Nr. 104 vom 18.05.2017



Europaangelegenheit

**des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie
regionale Beziehungen**

Beteiligung am Konsultationsverfahren der Europäischen Union;

Steuern:

Öffentliche Konsultation über das Funktionieren der Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden und die Betrugsbekämpfung auf dem Gebiet der Mehrwertsteuer

02.03.2017 – 31.05.2017

Verfahren gemäß § 83d BayLTGeschO

1. Der Ausschuss hat in seiner 57. Sitzung am 4. April 2017 im Wege der Vorprüfung beschlossen, dass eine Beteiligung des Landtags am Konsultationsverfahren der Europäischen Union erforderlich ist.
2. Der Ausschuss hat beschlossen, das Verfahren zur federführenden Beratung gemäß § 83d Abs. 1 BayLTGeschO an den Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zu überweisen.
3. Die Staatsregierung wird gebeten, für die federführende Beratung eine Stellungnahme mit einer Beschlussempfehlung vorzulegen.

Begründung:

Nach dem Ergebnis der Vorprüfung ist die Konsultation landespolitisch von Bedeutung.

Die Konsultation befasst sich mit dem Funktionieren der Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden bei der Betrugsbekämpfung auf dem Gebiet der Mehrwertsteuer. Ziel ist es insbesondere, Verbesserungsvorschläge zu sammeln. Adressat der Konsultation sind u. a. explizit die Steuerverwaltungen und damit auch der Freistaat Bayern.



Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Staatshaushalt und
Finanzfragen**

**Europaangelegenheit des Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie
regionale Beziehungen**

Drs. 17/16312

**Konsultationsverfahren der Europäischen Union;
Steuern:**

**Öffentliche Konsultation über das Funktionieren
der Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden
und die Betrugsbekämpfung auf dem Gebiet der
Mehrwertsteuer**

02.03.2017 - 31.05.2017

I. Beschlussempfehlung:

Der Bayerische Landtag gibt im Konsultationsverfahren folgende Stellungnahme ab:
Das Vorhaben wird zur Kenntnis genommen.

Die Europäische Kommission hat am 7. April 2016 ihre Mitteilung über einen Aktionsplan im Bereich der Mehrwertsteuer vorgelegt und für Herbst 2017 zahlreiche Rechtsetzungsvorschläge für eine Reform des gegenwärtigen Mehrwertsteuersystems angekündigt. Zu diesem Zweck führte sie bereits verschiedene öffentliche Konsultationsverfahren durch, welche die Kommission bei ihrer Entscheidungsfindung unterstützen sollen.

Das aktuelle Konsultationsverfahren richtet sich ausdrücklich nur an Wirtschaftsvertreter und Privatpersonen. Die Anhörung der nationalen Steuerverwaltungen soll hingegen mittels eines spezifischen Fragebogens erfolgen. Letzteren hat die Europäische Kommission inzwischen an das Bundesministerium der Finanzen übersandt mit dem Ziel einer Evaluierung des Funktionierens von Verwaltungszusammenarbeit und Mehrwertsteuer-Betrugsbekämpfung nach der Verordnung (EU) Nr. 904/2010. Alle Länder wurden aufgefordert, hierzu Stellung zu nehmen.

Weiterhin behielt sich der Bundesrat mit Beschluss vom 13. Mai 2016 (BR- Drs. 191/16) eine Stellungnahme gemäß §§ 3 und 5 EUZBLG zu den Vorschlägen der Europäischen Kommission nach Vorlage konkreter Rechtsetzungsvorschläge ausdrücklich vor. Soweit Belange der Länder, denen die Verwaltung der Mehrwertsteuer obliegt, maßgeblich berührt sein könnten, bat er die Bundesregierung, ohne Einbindung der Länder keine Festlegungen auf Unionsebene zu treffen.

Zudem erfolgte im Bereich der EU-weit harmonisierten Mehrwertsteuer in der Vergangenheit regelmäßig keine Stellungnahme einzelner Bundesländer gegenüber der Europäischen Kommission, sondern allenfalls koordiniert über die Konferenz der Finanzminister der Länder, wie zuletzt im Jahr 2015 zur Konsultation der Kommission bezüglich der Überprüfung bestehender Mehrwertsteuervorschriften für öffentliche Einrichtungen. Die Wahrung der Länderinteressen ist auch über die Beteiligungsrechte des Bundes auf Ratsebene sichergestellt.

Der Aktionsplan Mehrwertsteuer enthält außerdem noch keine Legislativvorschläge, sondern nur allgemeine Absichtserklärungen der Europäischen Kommission zu Binnenmarkt und Mehrwertsteuer, ohne dabei landesspezifische Probleme bzw. Angelegenheiten aufzugreifen.

Der Bayerische Landtag sieht aus diesen Gründen derzeit keine landespolitische Bedeutung der Konsultation vom 2. März 2017 und damit keinen Handlungsbedarf. Es bleibt zunächst die von der Europäischen Kommission für Herbst 2017 angekündigte Vorlage konkreter Rechtsetzungsvorschläge abzuwarten.

Berichterstatter:
Mitberichterstatterin:

**Wolfgang Fackler
Susann Biedefeld**

II. Bericht:

1. Der EU-Konsultation gemäß § 83d BayLTGeschO wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat die EU-Konsultation gemäß § 83d BayLTGeschO mitberaten.

2. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat das Konsultationsverfahren in seiner 154. Sitzung am 11.05.2017 beraten und einstimmig beschlossen, die Federführung zu übernehmen (§83d Abs. 2 BayLTGeschO)
3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat das Konsultationsverfahren am 11. Mai 2017 in seiner 154. Sitzung federführend beraten und zu der in I. enthaltenen Beschlussempfehlung einstimmig Zustimmung empfohlen.
4. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat das Konsultationsverfahren in seiner 59. Sitzung am 16. Mai 2017 endberaten und einstimmig Zustimmung zur Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses empfohlen.

Peter Winter
Vorsitzender



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Steuern:

Öffentliche Konsultation über das Funktionieren der Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden und die Betrugsbekämpfung auf dem Gebiet der Mehrwertsteuer

02.03.2017 – 31.05.2017

Drs. 17/16312, 17/16946

Der Bayerische Landtag gibt im Konsultationsverfahren folgende Stellungnahme ab:

Das Vorhaben wird zu Kenntnis genommen.

Die Europäische Kommission hat am 7. April 2016 ihre Mitteilung über einen Aktionsplan im Bereich der Mehrwertsteuer vorgelegt und für Herbst 2017 zahlreiche Rechtsetzungsvorschläge für eine Reform des gegenwärtigen Mehrwertsteuersystems angekündigt. Zu diesem Zweck führte sie bereits verschiedene öffentliche Konsultationsverfahren durch, welche die Kommission bei ihrer Entscheidungsfindung unterstützen sollen.

Das aktuelle Konsultationsverfahren richtet sich ausdrücklich nur an Wirtschaftsvertreter und Privatpersonen. Die Anhörung der nationalen Steuerverwaltungen soll hingegen mittels eines spezifischen Fragebogens erfolgen. Letzteren hat die Europäische Kommission inzwischen an das Bundesministerium der Finanzen übersandt mit dem Ziel einer Evaluierung des Funktionierens von Verwaltungszusammenarbeit und Mehrwertsteuer-Betrugsbekämpfung nach der Verordnung (EU) Nr. 904/2010. Alle Länder wurden aufgefordert, hierzu Stellung zu nehmen.

Weiterhin behielt sich der Bundesrat mit Beschluss vom 13. Mai 2016 (BR-Drs. 191/16) eine Stellungnahme gemäß §§ 3 und 5 EUZBLG zu den Vorschlägen der Europäischen Kommission nach Vorlage konkreter Rechtsetzungsvorschläge ausdrücklich vor. Soweit Belange der Länder, denen die Verwaltung der Mehrwertsteuer obliegt, maßgeblich berührt sein könnten, bat er die Bundesregierung, ohne Einbindung der Länder keine Festlegungen auf Unionsebene zu treffen.

Zudem erfolgte im Bereich der EU-weit harmonisierten Mehrwertsteuer in der Vergangenheit regelmäßig keine Stellungnahme einzelner Bundesländer gegenüber der Europäischen Kommission, sondern allenfalls koordiniert über die Konferenz der Finanzminister der Länder, wie zuletzt im Jahr 2015 zur Konsultation der Kommission bezüglich der Überprüfung bestehender Mehrwertsteuervorschriften für öffentliche Einrichtungen. Die Wahrung der Länderinteressen ist auch über die Beteiligungsrechte des Bundes auf Ratsebene sichergestellt.

Der Aktionsplan Mehrwertsteuer enthält außerdem noch keine Legislativvorschläge, sondern nur allgemeine Absichtserklärungen der Europäischen Kommission zu Binnenmarkt und Mehrwertsteuer, ohne dabei landesspezifische Probleme bzw. Angelegenheiten aufzugreifen.

Der Bayerische Landtag sieht aus diesen Gründen derzeit keine landespolitische Bedeutung der Konsultation vom 2. März 2017 und damit keinen Handlungsbedarf. Es bleibt zunächst die von der Europäischen Kommission für Herbst 2017 angekündigte Vorlage konkreter Rechtsetzungsvorschläge abzuwarten.

Die Präsidentin
I.V.

Reinhold Bocklet
I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Abstimmung

**über Europaangelegenheiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der
Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)**

Bevor ich über die Liste abstimmen lasse, möchte ich Sie noch darauf hinweisen, dass der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen in seiner Sitzung am Dienstag die unter den Nummern 1 und 2 aufgeführten öffentlichen Konsultationsverfahren zum Schutz von Hinweisgebern und zur Betrugsbekämpfung auf dem Gebiet der Mehrwertsteuer, bei denen die Frist Ende Mai abläuft, abschließend beraten und empfohlen hat, die auf den Drucksachen 17/16943 und 17/16946 ausgedruckten Stellungnahmen abzugeben.

Wir kommen nun zur Abstimmung. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme des jeweils maßgeblichen Ausschussvotums entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. – Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Europaangelegenheiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 4)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheiten

1. Beteiligung am Konsultationsverfahren der Europäischen Union
Landwirtschaft, Kultur und Medien, Wirtschaft, Finanzen und der Euro, Beschäftigung und Soziales, Energie, Bank- und Finanzwesen, Unternehmen und Industrie, Justiz und Grundrechte, Verbraucherschutz, Betriebsbekämpfung, Lebensmittelsicherheit, Zoll, Steuern:
Öffentliche Konsultation zum „Schutz von Hinweisgebern (Whistleblower)“
03.03.2017 – 29.05.2017
Drs. 17/16311, 17/16943 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

2. Beteiligung am Konsultationsverfahren der Europäischen Union
Steuern:
Öffentliche Konsultation über das Funktionieren der Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden und die Betriebsbekämpfung auf dem Gebiet der Mehrwertsteuer
02.03.2017 – 31.05.2017
Drs. 17/16312, 17/16946 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Anträge

3. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bildung ist mehr als Schule I: Lernerfahrungen an außerschulischen Lernorten als Teil der Schulkultur etablieren
Drs. 17/14517, 17/16844 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Natascha Kohnen, Annette Karl, Bernhard Roos u.a. SPD
10.000 Häuserprogramm – Förderungen auf erneuerbare Energien konzentrieren
Drs. 17/15637, 17/16690 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Klaus Steiner, Angelika Schorer, Dr. Otto Hünnerkopf u.a. CSU
Artenschutzrechtliche Ausnahmeverordnung fortführen
Drs. 17/15652, 17/16700 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Eric Beißwenger, Dr. Otto Hünnerkopf, Angelika Schorer u.a. CSU
Lebensmittelverschwendungen einschränken, Lebensmittelverwertung optimieren
Drs. 17/15735, 17/16701 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer, Kerstin Schreyer, Judith Gerlach u.a. CSU
Fortschreibung des bayerischen Aktionsplans Inklusion
durch ein Fachgespräch begleiten!
Drs. 17/15736, 17/16761 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bewohnerinnen und Bewohner in Pflegeeinrichtungen schützen:
Kontrollsystem verbessern
Drs. 17/15741, 17/16845 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht über Neuregelung der Lese- und Rechtschreibstörung
Drs. 17/15856, 17/16665 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Sepp Dürr u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kultur- und Kreativwirtschaftsbericht fortschreiben
Drs. 17/15859, 17/16683 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Expertenanhörung: Ultrafeinstaub – Ursachen und Gesundheitsrisiken
Drs. 17/15871, 17/16702 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Gudrun Brendel-Fischer, Erwin Huber, Karl Freller u.a. CSU
Wohnortnahe Bargeldversorgung
Drs. 17/16015, 17/16691 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Klaus Stöttner, Gudrun Brendel-Fischer, Martin Bachhuber u.a. CSU
Bayerntourismus 4.0 IV:
Steigerung der Marktpräsenz der Privat- und Kleinvermieter
durch Beratung und Verbesserung der Online-Buchbarkeit
Drs. 17/16020, 17/16692 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>